

Forum

Die Schweiz: militärisch neutral, politisch Teil des Westens



CHRISTIAN CATRINA

Abstract

The war of Russia against Ukraine has changed the security setting in Europe and the expectations of future Russian behaviour. This situation calls for a reassessment of Swiss security policy, in particular the stance of Switzerland towards Nato, the Swiss concept of neutrality, the armed forces, and foreign policy.

Switzerland should get closer to Nato, without joining it. In concrete terms, it should take all measures necessary for common defence, with Nato, if that should ever become necessary. Switzerland should continue to adhere to the legal provisions of neutrality, but make sure that its neutrality policy does no longer raise any doubts about Switzerland considering itself as

part of the West and standing up for the corresponding values. The armed forces must be adapted to the changed situation in terms of equipment, armament and the relative weight of its different tasks. It must increase the ability and readiness to cooperate with Nato and the neighboring states belonging to Nato to the extent permitted by the legal provisions of neutrality (no legal obligations or constraints that would make autonomous defense impossible or force Switzerland to assist other states in their defence). Foreign policy should be geared more than in the past towards western partners and a constructive approach to resolving the divergences that exist with them.

Schlüsselbegriffe Sicherheitspolitik, Neutralität, Nato, Ukraine, Russland



DR. CHRISTIAN CATRINA Dr. Christian Catrina war von 1987 bis 2020 im Bereich Sicherheitspolitik des VBS tätig, von 2009 bis 2017 als Chef Sicherheitspolitik. Er war Sekretär der Kommission Brunner (1996–1998), stellvertretender Projektleiter für den sicherheitspolitischen Bericht 2000 und Projektleiter der sicherheitspolitischen Berichte 2010 und 2016. Von 2018 bis 2020 war er Delegierter des Chefs VBS für Air2030.
E-Mail: c.cat@bluewin.ch

Bedarf nach sicherheitspolitischer Kurskorrektur

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat, zumindest bis Mitte Mai 2022, nicht den Verlauf genommen, der von vielen Beobachtern im Westen erwartet und von der Führung in Moskau wohl auch angestrebt worden war. Die Ukraine hat *nicht* nach zwei oder drei Wochen kapitulieren müssen, Kiew wurde *nicht* erobert, Präsident Selenski *nicht* abgesetzt. Zu den bemerkenswerten Entwicklungen gehören:

- der unerwartet starke militärische Widerstand der Ukraine;
- die überraschend schwache Leistung der russischen Armee;
- das Ausmass und das Tempo der westlichen Unterstützung der Ukraine mit Rüstungsmaterial und nachrichtendienstlichen Informationen;
- die Kommunikationsfähigkeiten des ukrainischen Präsidenten;
- die Härte der Sanktionen von allen europäischen Staaten (mit Ausnahme von Belarus, Bosnien–Herzegowina und Serbien), den USA, Kanada, Japan, Südkorea, Singapur, Australien und Neuseeland gegen Russland;
- der trotz türkischen Vorbehalten vermutlich bevorstehende Beitritt Finnlands und Schwedens zur Nato (als ironische Konsequenz russischer Bemühungen, die Nato zurückzudrängen);
- und die starke Unterstützung der westlichen Öffentlichkeit für die Ukraine.

Die sicherheitspolitische Lage in Europa wird, auf Jahrzehnte hinaus, nicht mehr so sein wie noch vor einem halben Jahr. Fast noch wichtiger als die Veränderung der realen Lage ist der Wandel in der öffentlichen Wahrnehmung: Krieg erscheint auch in Westeuropa als reale Möglichkeit, nicht bloss theoretisches Gedankenspiel, und die russische Führung hat mit ihrem Vorgehen gegen die Ukraine und der Repression im Innern jeden Kredit im Westen verspielt.

In dieser Situation wird auch in der Schweiz der Kurs der Sicherheitspolitik hinterfragt, von Politikern, Medien und auch vom Bundesrat selbst. Das EDA hat einen Bericht zur Neutralität angekündigt, das VBS einen Zusatz zum sicherheitspolitischen Bericht 2021.

Primär betroffene Elemente: Verhältnis zur Nato, Neutralität, Armee und Aussenpolitik

Das akutere Bewusstsein um machtpolitische Bedrohungen, die Desillusionierung in Bezug auf den Charakter der russischen Führung und die Ungewissheit über Verfügbarkeit und Preise wichtiger Güter wirft für die Grundzüge der schweizerischen Sicherheitspolitik und für fast alle ihrer Instrumente die Frage nach Anpassungen auf, von der Aussenpolitik bis zur Armee, vom Bevölkerungsschutz bis zur wirtschaftlichen Landesversorgung. Hier sollen folgende Elemente thematisiert werden: das Verhältnis zur Nato und, damit zusammenhängend, die Neutralität, die Armee und die Aussenpolitik. Die künftige Positionierung der Schweiz in der internationalen Sicherheitspolitik sollte sich folgendermassen zusammenfassen lassen: militärisch neutral, politisch Teil des Westens.

Verhältnis zur Nato

Wenn die Schweiz je militärisch bedroht sein sollte, dann kaum von der Nato oder ihrer Mitgliedstaaten, sondern eher von Russland, und auch das nur im Kontext eines grösseren Krieges gegen den Westen. Wohl gemerkt: Dieses Szenario hat eine geringe Wahrscheinlichkeit. Verglichen mit dem Kalten Krieg, als ein ähnliches Szenario aktuell war, ist das Kräfteverhältnis für Russland nun weniger günstig, aber das Vorgehen Russlands gegen die Ukraine und seine Rhetorik lassen nichts mehr ausschliessen.¹

«Im Fall einer solchen Bedrohung könnte es dazu kommen, dass für die Schweiz eine gemeinsame Verteidigung zusammen mit der Nato als beste Option erschiene, um einen Angriff zu verhindern oder abzuwehren.»

Im Fall einer solchen Bedrohung könnte es dazu kommen, dass für die Schweiz eine gemeinsame Verteidigung zusammen mit der Nato als beste Option erschiene, um einen Angriff zu verhindern oder abzuwehren. Es ist geboten, für einen solchen Fall vorzusorgen: Die Schweiz sollte die Zusammenarbeitsfähigkeit und -bereitschaft mit der Allianz verstärken, und das

«Nun ist, infolge der Aktionen Russlands, die Zeit gekommen, die Option gemeinsame Verteidigung zu stärken, ohne aber die andere Option, autonome Verteidigung, aufzugeben.»

offen deklariert auch für eine allfällige gemeinsame Verteidigung. Dazu solle sie künftig auch, anders als bislang, auch an Nato-Übungen teilnehmen, denen ein Artikel-5-Szenario zugrunde liegt, also die gemeinsame Verteidigung gegen einen Aggressor. Eine veränderte Sicherheitslage verlangt veränderte Sicherheitsmassnahmen, wobei die Schweizer Sicherheitspolitik schon sehr lange beide Optionen vorsah: eine autonome Verteidigung oder in Zusammenarbeit mit anderen Staaten. Nun ist, infolge der Aktionen Russlands, die Zeit gekommen, die Option gemeinsame Verteidigung zu stärken, ohne aber die andere Option, autonome Verteidigung, aufzugeben.

Obwohl die Schweiz der Nato damit näher rücken würde, sollte sie, solange die Sicherheitslage sich nicht nochmals stark verschlechtert, nicht der Nato beitreten:

- Zum einen ist ein Beitritt zur Nato für die Sicherheit der Schweiz in der derzeitigen Lage nicht nötig. Die Schweiz ist zusammen mit Liechtenstein und Österreich von der Nato umgeben. Ein militärischer Aggressor müsste für Operationen gegen die Schweiz zuerst Nato-Mitgliedsstaaten am Boden oder in der Luft überwinden: Die Nato schützt de facto auch die Schweiz, ohne unser Zutun und unabhängig von einer Mitgliedschaft. Das ist der grosse Unterschied zu Finnland und Schweden.
- Fast noch stärker gegen einen Nato-Beitritt spricht ein anderer, wenig diskutierter Aspekt. In der Schweiz gibt es keine politische, mediale und öffentliche Akzeptanz für offensives militärisches Engagement ausserhalb des Landes mit potenziell erheblichen Zahlen von Toten und Verletzten. Kriegsteilnahme ist ein Anathema für die schweizerische Gesellschaft, und eine Nato-Mitgliedschaft wäre mit dem Risiko verbunden, an Kriegen auch weit ausserhalb des eigenen Territoriums teilnehmen zu müssen.

- Schliesslich gibt es auch kein Drängen der Nato auf einen Schweizer Beitritt. Die Verwendung von Begriffen wie «Nato-Erweiterung» oder gar «Nato-Expansion» hat zum unzutreffenden Bild beigetragen, dass es die Nato sei, die auf Erweiterung gedrängt habe. In Tat und Wahrheit geht die treibende Kraft für die Nato-Erweiterung von Staaten aus, die der westlichen Allianz beitreten wollen, um sich gegen Russland zu schützen. Die letzten Monate haben gezeigt, dass sie dafür gute Gründe hatten.

Neutralität

In einer Diskussion zur Neutralität müssen zwei Dinge auseinandergelassen werden: das *Neutralitätsrecht* mit den Pflichten, die sich daraus für den neutralen Staat ergeben, und die *Neutralitätspolitik*, d. h. die Massnahmen, die ein neutraler Staat darüber hinaus trifft, um die Glaubwürdigkeit seiner Neutralität zu stärken.

Neutralitätsrecht weiterhin beachten

In der vom EDA vor kurzem herausgegebenen Broschüre «Die Neutralität der Schweiz» werden die neutralitätsrechtlichen Pflichten folgendermassen umschrieben:

«Das Neutralitätsrecht verpflichtet den neutralen Staat, an keinen internationalen bewaffneten Konflikten teilzunehmen. Ebenso darf der Neutrale kriegführende Parteien nicht militärisch begünstigen, weder mit Truppen, Rüstungsgütern, noch dadurch, dass er sein eigenes Territorium zur Verfügung stellen würde.

Zudem hat der neutrale Staat die Unverletzlichkeit des eigenen Territoriums sicherzustellen, allerdings nur innerhalb der Grenzen des Zumutbaren: er kann und muss nicht für jeden Angriff gewappnet sein. Zur Gewährleistung der Unverletzlichkeit des Territoriums kann der neutrale Staat mit anderen Staaten zusammenarbeiten – beispielsweise bei der Beschaffung von Rüstungsmaterial oder in der militärischen Ausbildung.

In Friedenszeiten darf der neutrale Staat gemäss Neutralitätsrecht keine Verpflichtungen eingehen, die im Kriegsfall eine Verletzung seiner Neutralität zur Folge hätten. So kann er beispielsweise keiner Militärallianz wie der Nato beitreten, die eine gegenseitige Beistandspflicht im Kriegsfall vorsieht.»²



Kurz gesagt, darf ein neutraler Staat in einem internationalen bewaffneten Konflikt keine der Parteien militärisch unterstützen.

Die obige Umschreibung des Neutralitätsrechts ist allerdings in einem Punkt nicht ganz exakt, nämlich zur Frage der Lieferung von Rüstungsgütern. Zu diesem Punkt wird denn auch in der gleichen Broschüre weiter hinten präzisiert:

«Gemäss Neutralitätsrecht muss der neutrale Staat alle Kriegsparteien im Hinblick auf den Export von Rüstungsgütern gleich behandeln. Die Schweiz hat über das Neutralitätsrecht hinaus in ihrer Kriegsmaterialgesetzgebung festgehalten, dass Exporte von Kriegsmaterial nicht bewilligt werden, wenn das Bestimmungsland in einen bewaffneten Konflikt verwickelt ist.»³

Es ist also nicht das Neutralitätsrecht, das verlangt, Rüstungslieferungen an kriegführende Staaten zu unterlassen. Vielmehr ist es die Kriegsmaterialgesetzgebung, die aufgrund politischer Entscheidungen formuliert worden ist.⁴

Mehr als 200 Jahre Neutralität haben nicht nur dazu beigetragen, die Schweiz aus Kriegen herauszuhalten, sondern auch dazu geführt, dass man sich praktisch nicht mehr vorstellen kann, Schweizer Truppen ausserhalb der Schweiz in Kampfeinsätzen einzusetzen. Das Neutralitätsrecht fordert von der Schweiz also nicht mehr, als sie aufgrund der fehlenden politischen Akzeptanz für Kampfeinsätze im Ausland ohnehin tun würde.

Fragen zu Gesuchen für den Transit zu Lande oder in der Luft von Truppen und Kriegsmaterial haben sich in den vergangenen Jahrzehnten mehrmals gestellt, konnten aber jedesmal neutralitätsrechtlich befriedigend gelöst werden: keine Transitrechte für Staaten, die in einem internationalen Konflikt involviert sind, soweit der Transit in einem Zusammenhang mit dem Konflikt stehen könnte; Transitrechte für humanitäre und medizinische Zwecke und bei Vorliegen eines Uno-Mandats für militärische Operationen.

Es erscheint politisch alternativlos, die Neutralität im Sinne der Einhaltung des Neutralitätsrechts weiterzuführen. Nur eine akute, direkte und existenzielle Be-

«Es erscheint politisch alternativlos, die Neutralität im Sinne der Einhaltung des Neutralitätsrechts weiterzuführen. Nur eine akute, direkte und existenzielle Bedrohung der Schweiz könnte die Schweiz veranlassen, die so verstandene Neutralität aufzugeben.»

drohung der Schweiz könnte die Schweiz veranlassen, die so verstandene Neutralität aufzugeben.

Neutralitätspolitik zurückbauen

Neutralität wird in der Schweiz von vielen Politikern und Politikerinnen sowie von Medienschaffenden so verstanden, dass die Schweiz bei internationalen Konflikten keine Stellung nehmen sollte. Zu unterlassen ist nach dieser Auffassung von Neutralität nicht nur militärische Unterstützung, sondern auch politische Wertung. Diese Haltung vertrat exemplarisch der Parteipräsident der SVP, als er in einem Interview zu den Ereignissen in der Ukraine sagte: «Neutralität bedeutet, dass wir zu allen den gleichen Abstand wahren.»⁵ Hintergrund dieser Haltung ist die Befürchtung, dass eine klare Parteinahme die Frage aufwerfen könnte, ob die Schweiz wirklich gewillt sei, in diesem Konflikt militärisch neutral zu bleiben. In der Theorie ist diese Frage berechtigt, in der Praxis ist sie aber wegen der geringen militärischen Bedeutung der Schweiz und ihrer langen Tradition des Abseitsstehens von militärischen Konflikten unbegründet. Ethisch ist die Haltung, gleiche Distanz zu Russland und zur Ukraine zu halten, in der gegenwärtigen Situation nicht vertretbar.

Als weiteres Argument dagegen, dass die Schweiz klar Position beziehen sollte, wird immer wieder ins Feld geführt, die Schweiz müsse sich bereithalten, um zu vermitteln oder andere Gute Dienste zu leisten. Und das könne sie nur, wenn sie keine Partei verärgert habe. Dieses Argument ist überbewertet: Die Schweiz ist auf diesem Feld weit weniger eine Supermacht als viele glauben. Andere Länder, auch Allianzmitglieder wie Norwegen, können auch vermitteln oder Gastgeber für ein Gipfeltreffen sein. Der Stolz darauf, dass ein Gipfeltreffen in Genf stattfindet oder dass die Schweiz Russland in Georgien und die USA im Iran diplomatisch vertritt, und die Befürchtung, dass die Schweiz infolge der Sanktionen gegen Russland ihre Fähigkeit für Gute Dienste verspiele, sind viel mehr Ausdruck von helvetischem Geltungsbedürfnis als von internationaler Einzigartigkeit.

Das Problem eines gewohnheitsmässigen Verzichts darauf, Position zu beziehen, liegt darin, dass es Zweifel an der Werthaltung der Schweiz aufkommen

lässt: Wo wird Neutralität zu Duckmäsertum und Leisetreterei? Und wird Neutralität gar irgendeinmal (ungewollt) zur Komplizenschaft mit dem Aggressor? Die Schweiz rühmt sich, für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Völkerrecht, Selbstbestimmung, territoriale Integrität und Frieden einzustehen. Wer diese Werte hochhält, muss das deutlich machen, gerade dann, wenn sie offenkundig verletzt werden. Je näher der Konflikt ist, je klarer Aggressor und Opfer unterschieden werden können und je stärker die Schweiz vom Konflikt betroffen ist, umso mehr drängt sich eine klare Sprache auf.

Die Schweiz sollte ihre Neutralitätspolitik revidieren; sie muss das, was sie ist – nämlich Teil des Westens und seiner Wertegemeinschaft – nicht verstecken. Neutralität muss als ein Rechtsbegriff verstanden werden, nicht als Aufforderung, ungeachtet der Umstände bei allen Staaten – Aggressoren wie ihre Opfer – gleich beliebt zu sein.

Armee

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat Parlament und Bundesrat dazu bewogen, das Armeebudget ab 2023 anhaltend zu erhöhen, bis es ein Prozent des Bruttoinlandprodukts ausmacht. Um diese Mittel optimal einzusetzen, sollte eine sorgfältige und von Partikularinteressen unabhängige Analyse des Ukraine-Krieges durchgeführt werden, bei der darauf geachtet wird, welche Erkenntnisse für die Zukunft der Schweizer Armee relevant sind und welche nicht.

Nach der Verschlechterung der sicherheitspolitischen Lage besteht ein breiter Konsens, dass ein noch stärkerer Fokus als bisher auf die Verteidigung gelegt werden soll. Dazu sollen die Ausrüstung und Bewaffnung des

«Wo wird Neutralität zu Duckmäsertum und Leisetreterei? Und wird Neutralität gar irgendeinmal (ungewollt) zur Komplizenschaft mit dem Aggressor?»

«Neutralität muss als ein Rechtsbegriff verstanden werden, nicht als Aufforderung, ungeachtet der Umstände bei allen Staaten – Aggressoren wie ihre Opfer – gleich beliebt zu sein.»

Heeres ebenso wie jene der Luftwaffe umfassend modernisiert und die Truppen vollständig ausgerüstet werden. Die Armee muss zur Verteidigung im Verbund mit

der Nato oder Nachbarstaaten fähig sein, darf aber trotzdem das Szenario einer Verteidigung ohne Zusammenarbeit mit anderen Streitkräften nicht vernachlässigen. Dazu sollte die Armee auch an Nato-Übungen mit Artikel-5-Szenarien (gemeinsame Verteidigung) teilnehmen. Neutralitätsrechtlich ist das problemlos möglich, da es keine Beistandsverpflichtungen schafft.

Gleichzeitig darf die Unterstützung ziviler Behörden nicht zu einer zweitrangigen Aufgabe werden. Das ist immer noch die bei weitem wahrscheinlichste Aufgabe, bei welcher zudem der Nutzen der Armee für die ganze Gesellschaft am deutlichsten sichtbar wird. Subsidiäre Einsätze unter Führung durch eine zivile Behörde müssen in der Armee die gleiche Akzeptanz haben wie originäre Einsätze.

Militärische Friedensförderung hatte schon bislang einen beschränkten Stellenwert, zumal diese Aufgabe nicht die ganze Armee betrifft, sondern mit Freiwilligen wahrgenommen wird. Es ist angesichts des Zerwürfnisses zwischen dem Westen und Russland anzunehmen, dass von der Uno oder

der OSZE mandatierte Friedensmissionen in Europa noch seltener werden als bisher, und für Kontingenteinsätze ausserhalb Europas fehlt nach wie vor eine innenpolitische Basis. Die Bedeutung der militärischen Friedensförderung wird deshalb abnehmen.

Aussenpolitik

Die Schweiz muss sich stärker bewusstwerden, und auch deutlicher machen, dass sie Teil des Westens ist. Sie ist geografisch, wirtschaftlich, kulturell Teil Europas; sie muss es auch politisch sein, auch wenn sie weder der EU noch der Nato angehört.

Es ist eine Binsenwahrheit, wird aber oft ignoriert: Staaten können nicht umziehen. Als Individuum kann man aussuchen, mit wem man zusammenleben will, als Staat nicht.

Die wichtigste Aufgabe der Aussenpolitik ist die Gestaltung des Verhältnisses der Schweiz zu unseren Nachbarn und zur Europäischen Union. Die anhaltenden Divergenzen mit der EU über ein institutionelles Abkommen haben den Blick für die positiven Seiten der EU verstellt. Ihr Beitrag zu einem friedlicheren Europa kann kaum überschätzt werden. Die Stärkung der EU liegt in unserem politischen und Sicherheitsinteresse.

Die Kandidatur der Schweiz für einen nichtständigen Sitz im Uno-Sicherheitsrat wird von den Gegnern vor allem mit einem neutralitätspolitischen Argument bekämpft: Die Schweiz müsste dann zu internationalen Konflikten Stellung nehmen, in letzter Konsequenz zu Resolutionsentwürfen Ja oder Nein sagen – oder sich der Stimme enthalten, was allerdings als ständige Praxis peinlich wäre. Diese Befürchtungen sind übertrieben; es ist nicht nur möglich, sondern normal, in diesem Kontext Stellung zu nehmen, ohne dass daraus andauernde Feindschaften entstehen würden. Die Einsitznahme in den Uno-Sicherheitsrat, so denn die Schweizer Kandidatur Erfolg hat, bietet eine gute Gelegenheit, die Neutralitätspolitik neu zu kalibrieren, auf der Linie «militärisch neutral, politisch Teil des Westens».

In der Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik werden infolge der Polarisierung zwischen dem Westen und Russland in nächster Zeit vermutlich eher Rückschläge als Fortschritte zu verzeichnen sein. Dies könnte dazu genutzt werden, um sorgfältiger als in der Vergangenheit zu überlegen, welche Abkommen in unserem wirklichen Interesse liegen. Das Abkommen über das Verbot von Atomwaffen ist dafür ein gutes Beispiel, soweit es seine Behandlung in der Verwaltung betrifft.⁶ Dieses Abkommen stellt primär die Legitimität der nuklearen Bewaffnung der westlichen Mächte in Frage, wo die öffentliche Meinung im Gegensatz zu Russland und China politisches Gewicht hat. Solange diese Mächte Nuklearwaffen haben, liegt es auch im Sicherheitsinteresse der Schweiz, dass der Westen die Mittel zur gegenseitigen nuklearen Abschreckung beibehält.

Fazit

Neutralität, Aussenpolitik und Armee dienen dazu, die Sicherheit der Schweiz und ihrer Bevölkerung zu fördern; sie sind kein Selbstzweck. Wenn sich das Umfeld verändert, ist zu prüfen, ob die Instrumente nach wie vor nützlich sind und ob sie angepasst werden müssen.

In der infolge der russischen Aggression verschlechterten Sicherheitslage in Europa soll die Schweiz Vorsorge dafür treffen, dass sie notfalls mit der Nato gemeinsam einen Angriff abwehren kann. Die Schweiz soll aber neutral bleiben; sie soll der Nato nicht beitreten, aber mit ihr auch in der Verteidigung kooperieren können. Während das Neutralitätsrecht weiterhin respektiert werden soll, soll die Neutralitätspolitik keine Zweifel mehr daran wecken, dass die Schweiz sich als Teil des Westens versteht und zu den entsprechenden Werten steht. Die Armee muss in Ausrüstung, Bewaffnung und Gewichtung der Aufgaben an die veränderte Bedrohungslage angepasst werden. Sie muss die Kooperationsfähigkeit und -bereitschaft mit der Nato und den der Nato angehörenden Nachbarstaaten soweit erhöhen, wie es das Neutralitätsrecht zulässt (keine rechtlichen Pflichten oder Sachzwänge, die eine autonome Verteidigung verunmöglichen oder die Schweiz zwingen würden, anderen Staaten in der Verteidigung beizustehen). Die Aussenpolitik sollte stärker als bisher auf die westlichen Partner und einen konstruktiven Ansatz zur Lösung der mit ihnen bestehenden Divergenzen ausgerichtet werden.

Das Ausland, aber auch wir selbst, müssen nicht nur wissen, dass die Schweiz neutral ist, sondern auch, für welche Werte die Schweiz steht. ♦

Endnoten

1 Das Vertrauen in die Berechenbarkeit Russlands hat auch darunter gelitten, dass die russische Führung mehrfach und wenig subtil signalisiert hat, dass sie im Extremfall Nuklearwaffen einsetzen könnte. In solchen Situationen wie jetzt, in denen die territoriale Integrität Russlands in keiner Weise gefährdet ist, zeigt sich Verantwortungsbewusstsein darin, dass man Nuklearwaffen weder thematisiert noch mit ihnen demonstrativ «spielt», wie z. B. durch eine Erhöhung der Bereitschaft oder Testabschüssen.

2 «Die Neutralität der Schweiz», EDA 2022, Seite 5.

3 «Die Neutralität der Schweiz», EDA 2022, Seite 16.

4 Ausländische Staaten haben die Schweiz erfolglos um Bewilligung ersucht, Rüstungsmaterial, das sie aus der Schweiz beschafft hatten, der Ukraine zu überlassen. Es ist damit zu rechnen, dass dies in Zukunft einen negativen Einfluss auf Beschaffungen von Rüstungsmaterial aus der Schweiz haben wird.

5 Tages-Anzeiger vom 6. April 2022, Interview mit SVP-Präsident Marco Chiesa: «Cassis hat unsere Neutralität zerstört».

6 Der Bundesrat hat das Abkommen, entgegen dem Willen des Parlaments, glücklicherweise nicht unterzeichnet.